

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags aus-
genommen. Der Verkaufspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin
10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Ver-
kauf nehmen sämtliche Volkswirtschaftlichen Verlage entgegen. Unter Streifenband
besorgen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M.,
postfrei. Einzelhefte 2,- M., für die Schweiz 2,50 M., für die Türkei 3,- M.,
Schweiz, Expedition und Verlag: Berlin S. O., Breite Straße 3-5.

Die wichtigsten Anzeigenpreise über deren Raum kostet 1,- M. einschließlich
Leitungsgeld. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,- M., jedes weitere
Wort 1,50 M., einschließlich Leitungsgeld. Laufende Anzeigen laut Tarif.
Werbungsaussagen und Stellen-Angebote 2,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote
in Kleinanzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M.
Anzeigenpreis: Januar 1920, 2645, 4518 4602, 4625, 4648, 4622.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Gespannte Lage im Osten

Wrangel im Donezgebiet?

Konstantinopel, 6. Oktober. (Havas.)

Nach dem letzten amtlichen Communiqué des Generalstabes der Armee Wrangel haben die Truppen der südrussischen Regierung Mariampol, das Zentrum des Grubenbeckens des Donezgebietes, genommen und mehr als 10 000 Gefangene gemacht.

Wir geben diese Meldung mit Vorsicht wieder, da bis jetzt von russischer Seite keine Bestätigung vorliegt und die „amtlichen“ Auslassungen Wrangels sind bisher nicht durch Glaubwürdigkeit ausgezeichnet. Sollte sich die Nachricht dennoch bewahrheiten, so würde der Verlust aber auch nur das Eindringen Wrangels in das für das Wirtschaftsleben Russlands unentbehrliche Donez- becken für die Sowjetrepublik eine schwere Schädigung bedeuten. Das Donezbecken, das nach den mannigfachen Kriegs- zügen, von denen es in den letzten Jahren heimgesucht wurde, endlich vor etwa Jahresfrist von der Roten Armee erobert wurde, ist das wertvollste Kohlengebiet für Zentralrussland. Die russische Regierung hat mit aller Kraft an der Wiederinstandsetzung der Produktionsmöglichkeiten im Donezgebiet gearbeitet und konnte mit Recht eine Besserung der wirtschaftlichen Lage des Landes durch die ungestörte Wiederbelebung dieses Industriegebietes er- hoffen. Der Verlust des Donezbeckens oder auch nur dessen neue Ueberflutung mit Krieg käme so einer weiteren ersten Gefähr- dung des russischen Wirtschaftslebens gleich.

Vor der Unterzeichnung des Finnisch- russischen Friedens

Kopenhagen, 6. Oktober.

Aus Helsingfors wird telegraphiert: In der Sitzung der Friedenskonferenz vom Dienstag in Dorpat wurde der Friedensvertrag zwischen Finnland und Rußland definitiv angenommen. Das Abkommen wird in einer Woche unterzeichnet werden.

Einstellung der Feindseligkeiten am 9. Oktober

Kopenhagen, 7. Oktober.

Wie aus Warschau telegraphiert wird, werden nach den Be- stimmungen des Waffenstillstandes die Feindseligkeiten zwischen Rußland und Polen am Sonnabend, den 9. Oktober, eingestellt.

Italienische Sozialisten über Rußland

Rom, 6. Oktober. (Stefani.)

In der Presse wird ein ausführlicher Bericht veröffentlicht, den der Allgemeine Arbeiterrat auf Grund der Ergebnisse der Studienreise der italienischen Sozialisten nach Rußland über die russischen Verhältnisse erstattet. Der Bericht hebt hervor, daß an der warmen Aufnahme der italieni- schen Abordnung durch die amtlichen russischen Kreise das russische Volk selbst sich keineswegs beteiligte, da die Beschäftigten der politi- schen Schicksale Rußlands sich völlig abseits der russischen Volkseele vollziehen. Die physische Lage der Massen ist in den Städten sehr gedrückt, was wahrscheinlich von der ungenügenden Ernährung herrührt. Das wirtschaftliche Leben wird durch ma-

terielles und moralisches Elend gekennzeichnet. Der Bericht bespricht das Versorgungssystem, die Entwer- tung des Rubels und ihre Wirkungen. Den Ver- such, die wirtschaftliche Verwaltung in die Hände der Arbeiter- schaft selbst zu legen, bezeichnet er als unheilvoll. In den Händen der Arbeiter seien der Gesellschaftsfortschritt und die Pro- duktion fast ganz untätig geworden; mit geringen Ausnahmen sei es dem Lande noch nicht gelungen, sich von dieser Lähmung zu erholen. Der Krieg habe die Kräfte der bolschewistischen Re- gierung zum größten Teil in Anspruch genommen; prüfe man aber das Wenige, das sie zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung zu tun versucht habe, so müsse man stark zweifeln, ob Ruß- land in seiner jetzigen verlassenen Lage aus sich selbst heraus zu erträglichen Bedingungen des bürgerlichen Lebens kommen könne.

Der Bericht sagt weiter, die in kommunistischen Programmen vorgeschriebene soziale Gleichheit sei einfach zu einer Gleichstellung aller Klassen in dem einzigen großen Elend geworden. Die Massen hätten sich durch ihre außerordentliche Nachgiebigkeit den Ereignissen an, aber eine solche Lage würde ohne die natürlichen Hilfsquellen nicht anbauern können, welche die alte Regierung der neuen hinterlassen habe. Man dürfe sich keiner Täu- schung über den russischen Export hingeben. Die Trans- portmittel seien völlig ruiniert und die inneren Bedürfnisse des Landes könnten über die internationalen Verpflichtungen die Oberhand gewinnen. 32 000 Zentner Getreide lägen in Cherfon für den Transport nach Italien bereit, seien aber von der russi- schen Regierung zur Verpflegung der Truppen zurückgehalten wor- den. Auswärtige Hilfe werde für Rußland immer dringender. Die gegenwärtige russische Regierung sei ihrer Aufgabe nahe. Trotz der Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Lage hätten sich einige Erregungszustände der Revolution durchgesetzt. Der Wider- stand der Bauern gegen jeden reaktionären Vorstoß sei so zu er- klären, daß die Revolution auf dem flachen Lande die Wirkung gehabt hätte, praktisch den Kleinbesitz zu begrün- den, der sich vom Vater auf den Sohn vererbe. Die Verwirkli- chung des Kommunismus auf dem Lande sei nichts als eine bolschewistische Phantase.

Triest, 6. Oktober.

Auf einer Versammlung der sozialistischen Fraktion erstattete der Abgeordnete Bonacci in Anwesenheit von fünf- undsechzig Abgeordneten, den Mitgliedern der Parteileitung und Vertretern der C. G. I. Bericht über die Lage in Rußland, wobei er zu dem Schluß kam, daß, wenn die Revolution sich nicht auf die anderen Länder ausdehne, es unvermeidlich sein würde, auch in Rußland eine sozialdemokratische Re- gierung zu bilden.

Der Direktor des „Avanti“, Serrati, wies auf die Gleich- gültigkeit der Massen in Rußland gegenüber der neuen Regierungsform hin und beschäftigte sich mit der Frage, ob die Bolschewisten imstande sein würden, ihren Weg weiter zu verfolgen, das Land einer Besserung seiner Lage entgegenzu- führen und die Revolution weiter auszubreiten. Die russische Revolution sei noch nicht abgeschlossen; Lenin selber sage, hierzu wären noch mindestens 30 Jahre erforderlich. Wie Serrati weiter bemerkte, seien mehrere Jahrzehnte nötig, um die Erzeu- gung, Beförderung und Verteilung der Produkte in Rußland zu organisieren.

Die Durchfuhr durch den Kaiser- Wilhelm-Kanal

Paris, 6. Oktober.

Der Botschafterrat hat in seiner gestrigen Sitzung unter dem Vorh. von Jules Cambon beschlossen, das Anhalten eines dänischen Dampfers am Ausgang des Nord- Osee-Kanals als eine Verletzung des Artikels 380 des Friedensvertrages zu betrachten. Dieser Artikel gewährleistet allen Mächten im Kriege wie im Frieden die freie Durchfuhr durch den Kanal. Der deutschen Regierung soll eine Note in dieser Angelegenheit überreicht werden.

Anmerkung von W. B.: Wie schon wiederholt mitgeteilt wor- den ist, steht die deutsche Regierung auf dem Standpunkt, daß das im Artikel 380 des Friedensvertrages vorgesehene Recht der freien Durchfuhr durch den Kieler Kanal nicht aus- schließlich, daß beim Verkehr von Handelschiffen durch den Kanal die deutschen Neutralitätsvorschriften zur Anwendung gebracht werden.

Italienische Sozialpolitik

Rom, 6. Oktober.

Wie „Epoca“ hört, will Arbeitsminister Labriola einen Gesetzentwurf wegen Umgestaltung des Obersten Arbeits- rates einbringen, der dem politischen Parlamente ein techni- sches mit über 150 Mitgliedern zur Seite stellt, die aus Verhältniswahlen der Unternehmer und Arbeiter hervor- gehen sollen; dies Arbeitsparlament soll nicht nur beratend, son- dern auch gesetzgebend in allen Fragen der Arbeitsord- nung und Arbeitsbedingungen wirken, alle Verfügungen über

Arbeiterangelegenheiten erdriern und alle Fragen hinsichtlich der Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern prüfen. Es soll in eine Abteilung für Handel und Industrie und in eine für Landwirtschaft zerfallen und einen ständi- gen Ausschuß für Vorbereitung und Durchführung von Gesetzen und zur Ausarbeitung von Ausführungsbestimmungen zu Ar- beitergelegen bilden.

Die Forderungen der Bergarbeiter

U. Bochum, den 7. Oktober.

Eine Konferenz der vier der Arbeitsgemeinschaft angehörenden Bergarbeiterverbände, die gestern stattfand, beschloß sich eingehend mit der Regelung der Lohnfrage im Bergbau. An den Reichsarbeitsminister Braun wurde folgendes Telegramm ge- sandt:

Konferenz der vier Bergarbeiterverbände erwartet im Sin- nlich auf die steigende Erregung in Bergarbeiterkreisen sofortige Regelung der Lohnfrage. Bedarfsartikel steigen dauernd im Preise. Lohnerhöhung muß sofort erfolgen.

Die vier Bergarbeiterverbände.

Landarbeiterstreik in Westpreußen

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)

Elbing, 7. Oktober.

Der Landarbeiterstreik auf der ehemals kaiserlichen Domäne Cabinen ist für die Arbeiter erfolgreich beendet worden. Im deutsch gebliebenen Teil des Kreises Marienburg sind die Landarbeiter geschlossen in den Streik getreten.

Der Weg ins Verderben

Seit Graf Reventlow aus der „Deutschen Tageszeitung“ verschwunden ist, hat der Leitartikel der „Roten Fahne“ die Rolle des deutschen Kriegstreibers übernommen. Ver- suchte jener das Volk zu einem schwarz-weiß-roten Krieg auf- zupfeifen, so betreibt dieser seine Hehe für die Entfaltung eines sogenannten „revolutionären“ Krieges. Die reale Boraussetzungen für das Gelingen eines solchen Krieges — und darauf kommt es doch an — fehlen auf beiden Seiten. Es ist Wortgeklingel, Phrasenschwall, revolutionäres Getue, dessen Auswirkung in beiden Fällen geradenwegs ins Verderben führen würde.

Die „Rote Fahne“ nimmt die Tatsache, daß Rußland ge- zwungen ist, Frieden mit Polen zu schließen, zum Anlaß, die Karten offen auszubreiten, mit denen sie bisher nur unter dem Tisch gespielt hat. Sie führt den militärischen Mißerfolg Sowjetrußlands auf das Versagen „der Arbeiterklassen der Weltländer, hauptsächlich Deutschlands, Italiens, Frank- reichs, Englands, der Tschecho-Slowakei usw.“ zurück.

Zugegeben, daß diese Argumentation richtig sei, so könnten doch logischerweise nur die Verhältnisse, die in West- europa nicht reif für eine revolutionäre Erhebung waren, für den Fehlschlag der militärischen Mißerfolge Sowjetruß- lands verantwortlich gemacht werden. Aber nach der Mos- kauer Ideologie, der die „Rote Fahne“ huldigt, hängt der Ausbruch einer Revolution nicht von den historischen Vor- aussetzungen ab, sondern von dem Können oder Nichtkönnen der Arbeiterführer. Mit dieser Methode kommen dann die kommunistischen Federhelden auf das Gebiet, wo sie das unbestreitbare Verdienst haben, Erfolge zu erzielen: die ein- zigen, die sie überhaupt aufzuweisen haben. Sie schimpfen auf die Führer, bewerkeln sie aus ihren unerschöpflichen Bottichen mit Schmutz, zerfleischen und zerspalten die Ar- beiterbewegung und preisen sich selbst mit den Manieren des Marxschreiers als die einzig unerleichen Helfen an.

So hat denn auch der Leitartikel der „Roten Fahne“ auf die Frage, warum der „Sprung in die Weltrevolution“ miß- lungen ist, keine andere Antwort als diese:

Darum also mißlang dieser Sprung der Weltrevolution? Da- rum, weil im Lager der Arbeiterklasse selbst der Feind stand in Gestalt der Sozialpatrioten und Sozialpazifisten, in Gestalt der Legion und der Hilferdings und Rosenfelds aller Länder. Sie sind es, die seit Jahren die arbeitenden Massen Westeuropas in Patriotismus und in Sozialpazifismus erhalten. Sie sind es, die abermals ihre enternende Wirkung auf die Massen ausgeübt haben. Sie haben die europäische Konte- resolution noch einmal gerettet. Sie sind es in Wahrheit, die der russischen Käterepublik die Friedensbedingungen von Riga in die Feder zwingen: sie sind es, die das weiße Polen als einen Vögel an der Seite Sowjetrußlands er- halten; sie sind es, die Sowjetrußland abermals in die Isolie- rung zurückwerfen; sie sind es, die das hungernde, stierende, feiernde Proletariat der Weltländer noch einmal verhin- dert haben, den Ausweg aus der schrecklichen Krise des Kapitalismus zu finden, der die Arbeitskräfte, den Boden, die Naturschätze und die kommunistische Ordnung Sowjetrußlands für den kommuni- stischen Wiederaufbau Europas und für die politische Klüden- deckung der europäischen Revolution eröffnet.

Hier trifft sich die Ideologie der Kommunisten mit der Ideologie Ludendorffs auf einer Linie. Nach dem Wort- schwall der alldeutschen Kriegstreiber tragen an dem un- günstigen Ausgang des Weltkrieges die „Verräter in der Heimat“ die alleinige Schuld. Die kommunistischen Helm- krieger machen die „Sozialpatrioten“ und „Sozialpazifisten“ dafür verantwortlich, daß es nicht zu einem neuen kri- sch- iröhlischen Krieg gekommen ist. Darauf kommt es an: es muß einen neuen Krieg geben. Nicht durch den klaren Willen der Massen, nicht durch die gereifte Erkenntnis des Proletariats soll der Kapitalismus gestürzt werden, nein, der Weg zum Sozialismus soll über einen Berg von Ar- beiterleichen führen. Klar und unzweideutig wird dies in folgenden Sätzen ausgesprochen:

Es war von vornherein klar, daß nicht das Schwert der Roten Armee allein das weiße Polen werde niederzupfen und die Bräde nach Mittel- und Westeuropa schlagen können. Das war nur möglich, wenn die Arbeitermassen Mittel- und Westeuropas ihm aktiv zu Hilfe kamen; wenn sie sich nicht damit begnügten, den Krieg vom eigenen Lande fernzuhalten, sondern sich ent- schlossen, an der Seite Sowjetrußlands kämpfend, den palnischen Kiesel zu zerbrechen, jede militärische und politische Hilfe für das weiße Polen durch ihre Regierung streng zu unterbinden, die voll- ständige Blockade über das weiße Polen zu verhängen.

Die „berufenen Führer“ der Arbeiterklasse entpuppen sich mit diesen Sätzen als glatte Verbrecher. Der Bahnstirn wird Methode. Sowjetrußland, das das Bürgertum niederge- zwungen und eine revolutionäre Armee hat, war nicht in der Lage, Polen militärisch niederzuringen. Die deutsche Ar- beiterklasse aber, die dank der kommunistischen Taktik in sich zerspalten ist und sich seit mehr als einem Jahr in der De- fensive befindet: sie sollte den Krieg gegen die Polen, gegen die Entente und gegen das deutsche Bürgertum aufnehmen und nach der kommunistischen Ideologie — fegen! Der Bahnstirn der Alldeutschen wird bei den Kommunisten zur Methode. Was heute jeder Gelehrte, der nur 14 Tage im Schützengraben war, weiß, das ist den politischen Gauflern der „Roten Fahne“ ein Buch mit sieben Siegeln. Sie wollen nicht wissen, daß bei den heutigen Verhältnissen selbst ein ge-

eines deutschen Heer bei einem Krieg gegen Frankreich in den ersten 4 Wochen in einen Trümmerhaufen verwandelt wäre. Sie wollen nicht wissen, daß ein revolutionäres Heer, gezwungen gegen den äußeren und inneren Feind zu kämpfen, schon nach 8 Tagen in marodierende Haufen zersprengt sein würde und daß als Endergebnis eines solchen Kampfes unter den heutigen Verhältnissen die Westreaktion der Triumphtor wäre.

Vor diesem Verderben die deutsche Arbeiterklasse bisher geschützt zu haben, das ist das große Verdienst der U. S. P. D. Die Taktik der Kommunisten aber, der wir uns jetzt unterwerfen sollen, würde in ihrer unbegrenzten Hemmungslosigkeit die deutsche Arbeiterklasse mitten in dieses Verderben hineinführen. Die Leichen der Proletarier, das wären die Denksäulen dieser „revolutionären“ Taktik, während die geistigen Drahtzieher des wahrhaftigen Unternehmens sich ebenso von der Verantwortung zu drücken wüßten wie Ludendorff, Hindenburg und die Seinen. Denn das ist das Wesen der Heimkrieger reventlowischer und kommunistischer Färbung: Die theoretischen Unterlagen für einen Krieg zu schaffen, die Ausführung aber — den anderen zu überlassen.

Die Scheidungslinien sind nunmehr klar gezogen. Wer in den Wahnsinn eines neuen Krieges hineintreten will, der soll zu den Kommunisten gehen. Die von Verantwortungselbstgefühl erfüllten Arbeiter lehnen diesen Weg ab. Sie bleiben bei der U. S. P. D., weil ihnen die einfachste Erkenntnis sagt, daß nicht durch Künste und kriegerische Abenteuer, sondern nur durch den vereinten Massenwillen des Proletariats der Kapitalismus niedergedrungen und der Sozialismus zum Siege geführt werden kann.

Die Rechtssozialisten und Groß-Berlin

Am Mittwoch führten die Funktionäre der S. P. D. die Diskussion über ihre Stellung zur Berliner Kommunalpolitik zu Ende. Franz Krüger erklärte dabei die Gründe für die ablehnende Haltung der S. P. D. zu dem von den städtischen Arbeitern verlangten und von den Unabhängigen unterstützten Generalstreik. Die S. P. D. könne eine gemeinsame Aktion mit der K. P. D. nur unterstützen, wenn diese Sicherheiten gebe für strikte Durchführung gemeinsamer Beschlüsse. Eine solche Erklärung sei aber von den Kommunisten nicht abgegeben worden. Krüger verließ sich ferner auf die Stellungnahme Richard Müllers, der zugegeben habe, daß die Arbeiterklasse Berlins auf einen solchen Kampf nicht vorbereitet sei, und daß er es auch für bedenklich halte, gegenwärtig einen solchen Kampf zu führen. Müller habe ferner gemeint, die Berliner Arbeiterklasse denke nicht daran, wegen einiger Stadträte in einen allgemeinen Kampf einzutreten. Sie werde das nur tun, wenn revolutionäre Parolen aufgestellt werden.

Am Schluß der Versammlung wurde eine Resolution angenommen, die das Zusammengehen mit den Unabhängigen in der neuen Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung billigt. In ihr wird ferner die Erwartung ausgesprochen, daß dadurch eine Kuhnarmachung aller Kräfte der Arbeiterklasse erreicht wird. Auch sei es zweckmäßig, daß über die Zusammenlegung der Bezirksämter eine Verständigung mit allen Parteien herbeigeführt werde. Der letzte Absatz der Resolution lautet:

Die Konferenz erhebt schärfsten Protest gegen die Machtpolitik der bürgerlichen Parteien in der Preussischen Landesversammlung, die auf eine Vergewaltigung des Mehrheitswillens der Berliner Bevölkerung hinausläuft. Sie fordert die sozialdemokratische Arbeiterklasse auf, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß bei den demnächstigen Neuwahlen eine sozialdemokratische Landtag-Mehrheit durch eine sozialdemokratische Ersatz wird. Dagegen lehnt sie die kommunistische Agitation für lediglich gestörte Generalstreiks entschieden ab.

Daß diese Resolution einstimmig angenommen wurde, ist kein Wunder, denn sie geht an den Gegensätzen der Partei gesittentlich vorbei und unterstützt indirekt das Bestreben der rechtssozialistischen Landtagsfraktion, der Verabschiedung des Gesetzes Groß-Berlin keine Schwierigkeiten zu bereiten. Diese zweideutige Haltung der Rechtssozialisten wird in der Arbeiterklasse allgemeine Verurteilung finden.

Bergarbeiterstreik im Vorjahren. Nach Meldungen der „Gazette“ streikten im Vorjahren 30 000 Bergarbeiter. In einzelnen Orten sollen die Streikenden versucht haben, den Verkehr der Eisenbahnzüge zu unterbinden.

Der Arbeitsplan des Preußenparlamentes

Die Mehrheitsparteien der Landesversammlung haben vereinbart, war bis 10. Dezember Sitzungen abzuhalten und mit Rücksicht auf die Neuwahlen in den Monaten Januar und Februar nur in dringenden Fällen noch zusammenzutreten. Verfassungsvorlage und Wahlgesetz sollen zwischen dem 25. und 30. Oktober endgültig erledigt werden. Die Regierung hat der Landesversammlung Mitteilung gemacht, daß sie die Verhandlungen unbedingt vertagt an die Verabschiedung der Verfassung, der Wahlgesetz, der Befehlungs-Gesetze und ihrer Bedingungs-Gesetze, der Mittelstandsanleihe, des Staats- und Landwirtschaftsministeriums und einer Reihe kleinerer Vorlagen, deren Verabschiedung keine Mühe macht, aber dringlich erscheint. Die Staatsberatung soll möglichst abgeklärt werden.

Die Aussperrung im Zeitungsgewerbe

Die Aussperrung im Zeitungsgewerbe ist vollkommen. Nur einige wenige Blätter, die keine große Bedeutung besitzen, wie „Germania“, „Deutsche Zeitung“ und „Berliner Börsen-Kurier“, sind keine Zeitungen erschienen. Die Großbetriebe Messe, Scherl, Ullstein, ruhen vollständig. Die Vereinigung großkädtischer Zeitungsvorleger vertritt folgende Erklärung:

Mittwoch vormittag verhandelten vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin die Arbeitgeber im Zeitungsgewerbe und die noch im Ausstand befindlichen Teile derjenigen Angestellten, die in der Afa (Arbeitsgemeinschaft freier Angestellterverbände) ihre Vertretung erblicken. Die Arbeitgeber waren bereit, auch mit der noch im Ausstand befindlichen Gruppe der kaufmännischen Angestellten ein Abkommen zu treffen, und zwar auf Grundlage des mit dem Gewerkschaftsbund der Angestellten und dem Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände zwei Tage vorher abgeschlossenen Vergleichs. Die Arbeitgeber betonten, daß sie nur im Interesse des Wirtschaftsfriedens zu diesem Abkommen bereit wären, da von Rechts wegen überhaupt nicht von ihnen Verhandlungen mit Angestellten verlangt werden könnten, die vor Eröffnung des ihnen gesetzlich gewährleisteten Schiedsverfahrens unter Vertragsbruch in den Ausstand getreten wären. Eine Einigung zwischen den Parteien auf dieser Grundlage scheiterte aber an der Ablehnung der Afa. Ein hierauf erfolgter Schiedspruch des Schlichtungsausschusses ging weit über den zwei Tage vorher an derselben Stelle geschlossenen Vergleich hinaus, stand also mit diesem in Widerspruch und mußte schon deswegen (!) von den Arbeitgebern abgelehnt werden.

Das Wesentlichste dieses Schiedspruches bestand darin, daß er sofort eine allgemeine Gehaltserhöhung von 15 Prozent in Aussicht nahm, während der mit dem Gewerkschaftsbund abgeschlossene Vergleich die Frage der Lohnerhöhung bis nach Erlebigung der für das ganze Reich stattfindenden Nachdruckerordnungen hinausgeschoben wollte, die bisher stets richtunggebend waren. Andererseits war in dem Vergleich für Ende Oktober eine Vorschusszahlung in Höhe von ein Drittel des Monatsgehaltes vorgesehen und der Rückzahlungsbeginn erst für Ende November, also für einen Zeitpunkt, zu dem die Frage der Gehaltserhöhung bereits gelöst sein sollte, in Aussicht genommen.

Die Zweipartigkeit in der Auffassung des Schlichtungsausschusses findet eine Erklärung darin, daß an den beiden Sitzungen verschiedene Vorstehende waren, die Stimme des Vorstehenden aber regelmäßig den Ausschlag gibt.

Inzwischen hatte sich eine Zuspitzung der Lage bemerkbar gemacht, indem technisches Personal, das bisher nicht behinderte Weiterarbeiten der Zeitungen durch allerhand Widerstände in Frage zu stellen versuchte. Es wurde der Begriff der indirekten Streikarbeit geprägt und dauernd erweitert, und z. B. die Entgegennahme von Anzeigen, Manuskripten seitens der Seher abgelehnt, weil diese durch die Hand von Angestellten gegangen sein müßten, die sich dem Streik nicht angeschlossen hätten, oder damit andere Arbeit verrichteten, als die gewöhnliche. Die Vorleger waren nunmehr vor die Frage gestellt, ob sie eine allmähliche Wiedereingliederung ihrer Betriebe oder eine klare Stellungnahme des technischen Personals herbeiführen wollten. Sie mußten schließlich Seher, Drucker, Falzer, Fahrer usw. vor die Entscheidung stellen, ob sie ihre Arbeit vollständig verrichten wollten oder nicht. Dies wurde am Mittwoch nachmittag von dem Arbeitgeberverband für das Berliner Zeitungsgewerbe beschlossen.

Da nun das technische Personal an seiner Arbeitsverweigerung festhielt, sahen sich die Berliner Zeitungsvorleger zur Entlassung ihres gewerblichen Personals gezwungen, und die Zeitungen können daher bis auf weiteres nicht erscheinen.

Der aus dieser Erklärung hervorleuchtende Standpunkt, daß die Unternehmer eigentlich überhaupt keine Verantwortung hatten, mit den Angestellten zu verhandeln, ist der deutlichste Beweis für die von uns in der Morgenausgabe bereits gekennzeichnete reaktionäre Gesinnung. Es war und es ist die Absicht des Unternehmers

tums, eine Machtprobe vom Janus zu brechen und die bestmögliche Ablehnung des Schiedspruches des Schlichtungsausschusses, der über den Vergleich mit den gelben Verbänden hinausgeht, war der erste Schritt auf diesem Wege. Es ist auch unrichtig, daß durch die Solidaritätserklärung des technischen Personals das Weiterarbeiten der Zeitungen gehindert war. Das technische Personal hat alle Arbeiten erledigt, die mit dem redaktionellen Inhalt des Blattes in Verbindung stehen und durchaus nicht die Absicht gehabt, das Erscheinen der Zeitungen überhaupt unmöglich zu machen. Es bleibt also dabei, daß die Unternehmer eine ganze Reihe von Vorwänden herangezogen haben, nur um die Möglichkeit zu bekommen, die Aussperrung des technischen Personals vorzunehmen.

Die Urwahlen im Reich

Das Gesamtergebnis liegt jetzt vor. Es wurden abgegeben 12 012 gegen und 8565 für die Bedingungen. Die Gegner erhalten 28, die Befürworter 10 Delegierte.

Ostthür-Grimma

Gegen die Bedingungen 1047, dafür 307 Stimmen. Es sind nur 4 Gegner als Delegierte gewählt.

Borna-Rochlitz

Gegen die Bedingungen 938, dafür 413 Stimmen. Es entsaften auf die Gegner 2, auf die Befürworter 1 Mandat.

Dresden

Die Abstimmung hat ergeben, daß drei Delegierte für und drei gegen die Moskauer Bedingungen zum Parteitag gewählt sind.

Begriff Jittau

Bei der Urwahl sind gewählt 1 Gegner der Bedingungen mit 639 und 1 Befürworter mit 554 Stimmen. Einige kleine Ortsgruppen haben sich nicht am Resultat beteiligt. Wahlbeteiligung 27 Prozent.

Braunschweig

Die Urwahl brachte im Bezirk Braunschweig den Gegnern der Bedingungen 3 Sitze, den Befürwortern 2.

Pommern

Stettin: 183 für, 168 gegen die Bedingungen. Randow-Greifenhagen: Gewählt ein Befürworter mit 521, ein Gegner mit 427 Stimmen.

Unterfranken

Im Bezirk Unterfranken wurden die Bedingungen auf der Bezirkskonferenz mit 80 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Die Befugnisse der Preßkommission

In der heutigen Morgenausgabe der „Freiheit“ wird von dem Genossen Alfred Berger, der seiner Zeit der Revisionskommission angehörte, der Inhalt des Beschlusses der Revisionskommission über die Befugnisse der Preßkommission dargelegt.

Da ich ebenfalls Mitglied der Revisionskommission war, muß ich Genossen Schwenk auf folgendes hinweisen:

Gerade Genosse Stoll war es, der ausdrücklich in der fraglichen Sitzung der Revisionskommission und auch später in der Sitzung mit der Geschäftsleitung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, an der Genosse Bubbe teilnahm, betonte, daß, um einen gerechten und klaren Sachverhalt für die Redaktion zu gewährleisten und Kündigungsrecht für die Redakteure zugesprochen werden könne, es müßte dazu eine gemeinsame Sitzung zwischen Preßkommission, Vorstand und Aufsichtsrat stattfinden, in der dann mit einfacher Stimmenmehrheit über Anstellung und Entlassung von Redakteuren zu entscheiden sei. Für Preßkommission und Aufsichtsrat wurden bestimmte Arbeitsgrenzen festgelegt, d. h. die Preßkommission sollte für die politische Haltung des Blattes die Verbindung zwischen den Berliner Parteimitgliedern und der Redaktion schaffen und der Aufsichtsrat sollte nur rein geschäftliche Angelegenheiten erledigen. In dieser Form wurde auch der Antrag von dem Genossen Stoll der fraglichen Versammlung der Verlagsgenossenschaft unterbreitet.

Es wäre gut, wenn sich auch die anderen Mitglieder der Revisionskommission schnellstens dazu äußern würden. Berlin, den 7. Oktober 1920. Effe Bed.

Der Ruhetag

Aus dem Manuskript des Romans „Das Opfer“ von Albert Daudistel (Häftlingsgefangener).

Am Morgen war es heiterlich nicht möglich, die offenen Käfige in die hartwordenen Stiefel zu zwängen. Versuch tappte er über den schlammigen Lagerhof, um die Morgensuppe zu empfangen. Und später, als die noch Morischfähigen der Gefangenenskompanien zur Arbeit anrückten, mußte er sowie alle Kranken, bei eisigem Regen, vor der Arztbaracke stehen. Der Arzt behandelte die Fußkranken mit Jod und schrieß sie ohne irgendwelche Bedenken „dienstfähig“.

Um zwölf Uhr wurden sämtliche Kranke des Lagers zusammengeführt. Dann auf einem Feldweg von Sägunkloster aus in der Richtung zur Abriegelung der Feldbahngeleise geführt. Gegenständig sich schlingend, plagierte sich der jammervolle Zug vor den Bewachtenden der Wache weiter.

Als einer nach dem andern, ganz abgeschunden, mit Schaum vorm Mund, in den Dreck stürzte. Verzweifelt schrie Heinrich, als zwei Unteroffiziere auf ihn eintraten: „Schlagt mich endlich tot!“ Der Krankentrupp lag mehrere Stunden, blutend und wimmernd, im kalten Schlamm des Feldwegs. Beim Dunkelwerden kamen Wachen. Wie mit Loten an der Front, so ging das entmenschte Wachpersonal mit den Gefangenen um.

Ob beim Aufschreiben auf die Wachen einem der Schädel gerollt wurde oder die Arme brachen und andere erstickten, war dem Strafvollzugspersonal egal. Während die Pferde galoppierten, machten die Bedauernswerten jammervoll ihren eingeklemmten, wunden Körper frei. Heinrich röhnte wie ein Sterbender. Ueber seinem kalten Auge glänzte eine frische Wunde. Er war bewußtlos.

Langsam war die erste Woche in Sägunkloster vergangen. Sonntagmorgen. Im Gängevorkamer herrschte angepörrter Hochbetrieb. Vor einer Barade wurde g waschen, in einer Ecke des Lagerhofes brannte er jetzt. Währenddessen polierten andere Kompanien die eisigen Stiefel und vertriehen Hochschirme. Dabei gedöhlte wir durcheinander Schlumpfen und Glanzen des Aufwärtspersonals. Endlich war es Mittag. „Achtung!!!“ „Reinmachen zum Appell!“

„Alles mitbringen!!!“
Den Tornister vor den Füßen, daneben Kochgeschirr und Eßkel, den Brotbeutel umgehängt, auf dem einen Arm die Schladdecke, über dem andern den Mantel, so fanden die Militärgefangenen.
„Achtung!!!“
„Decken vorgehen!!!“
Die Musterung begann.
„Sie melden sich heute zwischen 1 und 2 Uhr nochmal mit Ihrer Decke!!!“
„Herr Feldwebel, ich konnte die Decke nicht reiner kriegen, weil ich keine Bürste habe!“
„Wann antworten Sie?“
„Waren Sie gefragt?“
„Was!!!“
„Rein Herr Feldwebel!“
„Von 2-3 Uhr treten Sie mit an, zum Strafgezierten!! Wie-leicht halten Sie nächst's Ihr bißes Maul, wenn Sie nicht gefragt sind!!“
Der Offiziersstellvertreter halte die Reihen durchgemustert.
„Dein weg!!!“
„Mantel zieh'n!!!“
„Worum kommen Sie zum Appell mit leichnamem Mantel??? Sie Topofas!!!“
„Herr Feldwebel, ich mußte den Mantel unbedingt waschen!“
„Wer hat Ihnen das befohlen?“
„Niemand, Herr Feldwebel!“
„Eigenmächtig gehandelt!“
„Obenfalls heute von zwei bis fünf!“
„Verstanden??“
„Jawohl, Herr Feldwebel!“
Jetzt stellte sich der Offiziersstellvertreter, mit beiden Händen auf dem Säbel geklärt hin, grüßte verschämt, rief sich die Nase und frag:
„Was hab'n Sie da am Auge??“
Heinrich zögerte.
Denn hätte er die Wahrheit gesagt, es wäre ihm noch schlechter ergangen.
Der Feldwebel holte Luft, um mit einem „Donnerwetter“ auf ihn zu fallen.
„In mich aber kam ihm zuvor: „Geschloßen, Herr Feldwebel!“
„Schloß??“
„An was??“
„An's Auge, Herr Feldwebel!“
Schüchtern grinsend, standen unweit von Heinrich die beiden Korporale, die ihm mit ihren Kommissärfeln, daß das Auge ausgekratzen hätten.
Endlich war der Appell um.

Der Feldwebel machte dem abweis der Gefangenenskompanie stehenden Offizier Meldung.
Dann freisetzte der Gardesoffizier die Name deser, die nachmittags Strafgezierten mußten.
„Achtung!!!“
„Zum Essen holen — — — weggetret'n!!!“
Politikartig schickten die Gefangenen mit ihren Sachen in das Dunkel der Baracken. —

Eben war die XIII. Strafkompagnie vom Essenholen gekommen. Und schon plähte das Kommando unter sie:
„Die zum Strafgezierten Abgetreten — fertigmachen zum — Re-treten! Anzug — selbstmarschmäßig!“
Schneil brachte Heinrich kein Brot und Kochgeschirr mit Dörrenmühle nach dem Schlafsaal und betrat den Kammerboden, der seinen Platz neben ihm hatte, mit der Aufbewahrung.
Und schon schrie er:
„Zum Strafgezierten — — — raus-treten!!!“

Die Laken und aufgehängten Gefangenen wurden neben die Säuerliche an einen Haufen Holomaldril's g-führt. Jeder mußte zwei Wochen in den mit größter Nähe gereinigten Tornister packen.
Dann begann die G-ge.
„Parade-schritt!!! — Laufschritt!!!“ —
Rechts-schritt!!! — marsch, marsch!!!
Links-schritt!!! — An!!! — Aniederknien!!!
Din-schritt!!! — Auf!!!
Dah-n — marsch, marsch!!!
Auch-d — marsch, marsch!!!
Achtung!!! —
Schwehrtreißend, mit klitterndem Leibe, wie abgehefte Gunde fanden die Gefangenen.
„Weggetret'n!!!“
Der „Ruhetag“ war um. —

Godiva

(Staatstheater.)

In unseren harten Tagen wirkt dieses Legendenspiel des dichten Hans Frank rechtlich unzeitgemäß. Man kennt die Sage der Lady Godiva, die in der englischen Gräfschaft nach durch die Strahlen ritt, um die Stadt von drückenden Tribut zu befreien. Es hätte nun in der Hand des Nachdichters ein Stück werden können mit Rebellentrog gegen unmäßiges Herrenrecht. So klingt es in der ersten Szene auf, aber das Motiv ersicht zugunsten

Vor einem Jahr

Hugo Haase zum Gedächtnis

Heute ist es ein Jahr, daß unser Freund und Führer, Hugo Haase, das Opfer eines Attentats wurde. Bange Beforgnis hatte uns an jenem Tage befallen, aber bald wich sie wieder der ganz natürlichen Hoffnung, daß Haase uns, der Partei und der ganzen Arbeiterklasse, nicht nur erhalten bliebe, sondern, daß er schon nach kurzem Krankenlager sich wieder mit ganzer Kraft in die Reihen des revolutionären Proletariats stellen könnte. Aber nicht lange und diese Hoffnung wurde von der rauen Wirklichkeit zerstört. Die Verletzung rief eine ernsthafte Erkrankung hervor, die sich immer weiter verschlimmerte. Alle ärztliche Kunst war vergeblich. Vier Wochen nach dem rucklosen Attentat schied Hugo Haase auf immer von uns.

Was Haase uns gewesen ist, welche Klaffende Lücke sein Tod in unsere Reihen gerissen hat, das haben wir in dem uns nun von ihm trennenden Jahre bitter und schmerzhaft empfunden. Und mehr als je muß das Proletariat den klugen und überlegenen Führer gerade in diesen Tagen missen. Bitterkeit hätte man auch ihn als Verräter und Konterrevolutionär verschrien, wie ja Genosse Haase noch im Tode von gewissenlosen und jeder Verantwortlichkeit baren Elementen begelstert worden ist. Und fast möchte man dem Freund und Führer, dessen Leben ganz dem Proletariat gehörte und der sich mit jeder Faser seines Seins in dessen gigantischen Befreiungskampf gestellt hatte, heute den Frieden gönnen, der ihm auf so tragische Weise erschlossen worden notwendig ist, denn gerade er hätte sich mit der ganzen Kraft seiner lautereren Persönlichkeit der Forderung und der Zersplitterung entgegengestellt, in die es jetzt hineingezogen wird. Er, der den ganzen Krieg hindurch sich einer Massenstimmung wehrte, der damals in so mancher Versammlung von irreführenden Proletariatsniedergerichten wurde, er würde auch der Verwirrung getrogt haben, der heute manche Arbeiterkreise verfallen sind, von der Ueberzeugung durchdrungen, daß auch auf diese Verblöndung ein Erwachen zur klaren Erkenntnis der Dinge folgen muß.

So gibt uns die Erinnerung an den Tag, an dem die tödlich wirkende Kugel auf Hugo Haase slog, Zuversicht und Mut zugleich für die kommende Zeit: Zuversicht, daß das durch ein Meer von Gelben wadende Proletariat über seine Verzweiflung nicht sich selbst zermüdet, Mut, auch gegen Zeitströmungen und Augenblicksstimmungen anzukämpfen. Für Hugo Haase galt nur die Sache und niemals die Person. Und so sollen auch wir stets dessen eingedenk sein, daß höher als jede persönliche Rechthaberei die uns allen gemeinsame Sache, der Befreiungskampf der ganzen Arbeiterklasse, stehen muß.

Diener der Agrarier

Kein Kartoffelhöchstpreis

Amlich wird berichtet:

Dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft sind Nachrichten darüber zugegangen, daß der Vollzug der Vereinbarung, die zwischen den Organisationen der Landwirte und der Verbraucher am 23. September in der Reichskartoffelstelle über die freiwillige Einhaltung einer Preisobergrenze von 25 Mark für den Zentner Kartoffeln zustande gekommen ist, darunter leidet, daß infolge eines Beschlusses des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages vom 30. September auf behördliche Festsetzung eines Erzeugerhöchstpreises für den Zentner Kartoffeln von 25 M. eine Unklarheit in die beteiligten Kreise gekommen ist. Demgegenüber erklärt das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, daß nach den Erfahrungen der Kriegswirtschaft eine behördliche Festsetzung von Höchstpreisen ohne gleichzeitige Erfassung der Ware dazu geführt habe, daß die Ware vom offenen Markt verschwindet und im Schleichhandel zu weit höheren Preisen abgesetzt wird. Diese Erfahrungen wurden vom Vertreter des Reichsministeriums in der oben erwähnten Sitzung des volkswirtschaftlichen Ausschusses mit dem Bemerkten hervorgehoben, daß das Ministerium hiernach nicht in der Lage sei, in Rücksicht auf einer teilweisen Zwangswirtschaft behördliche Höchstpreise festzusetzen; freiwillige Vereinbarungen zwischen Erzeuger- und Verbraucherverbänden verträglich für eine allgemeine Senkung der Kartoffelpreise mehr Erfolg.

Dieser Standpunkt ist übrigens durch eine weitere vom volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages gleichfalls am 30. September angenommene Entschliessung, die allgemeine die Stellungnahme der Regierung in der Frage der Kartoffelverjorgung billigt, anerkannt worden und die Regierung wird weiter an ihm festhalten.

anderer. Es bleibt schließlich ein Problem der Scham, der Nacktheit, abgemandelt in den Spuren von Hebbels Randoules und Rhodope. Der junge Gogol, der Hans Frank ein „deutscher Graf“, erblickt, weil er (auf Befehl des Gatten) Godiva nackt schaute. Wie Kleists „Bentheim“ wühlt er die Urkraft, sich nicht zu töten, aber zu blenden, aus seinem Innersten heraus. Blumen und Kinder, Engel und Gelang umrahmen opernhaf den Schluß, der nach allerhand Irtümlichkeiten Schwellungen und religiösen Zudungen den rauhen Gatten mit der zarten Godiva nach einem läßlichen Beutheit in einem wärmeren Ehebett vereint. „Alles Gloria um den einen Kasus. Die Psychologie ist widerprüchlich und brüchig. Die „Seelenjude“ führt auf der Bühne zu verdächtig knisternden Szenen. Die Anbeilung verläßt in einem leuchtungsseitigen Schwall von Worten. Und immer kehren die jüdischen Namen, die Tanten, der Falbe wieder. Und so weiter in dieser Art. Der einzige Gewinn des Abends war die Godiva der Johanna Hoyer, die nach anfänglichen Schwankungen herzhalt zu hören und am Schluß wie ein schmerzhaft verklärter Engel aus dem von Gogol'sen Bildgalerien herrlich anzuschauen war. E. B.

Professor Einstein bleibt in Berlin. Aus dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wird die Antwort Albert Einsteins auf das bekannte, vor einigen Wochen an ihn gerichtete Schreiben des Ministers Henrich mitgeteilt. Einstein schreibt: „Eurer Excellenz Schreiben erfüllt mich mit dem Gefühl aufrichtiger Dankbarkeit. Ganz unabhängig von der Frage, ob ich laudable Wohlwollen verdienen habe ich in diesen Tagen erlebt, daß Berlin die Städte ist, mit der ich durch menschliche und wissenschaftliche Beziehungen am meisten verwahten bin. Einem Rufe ins Ausland würde ich nur in dem Falle Folge leisten, daß äußere Verhältnisse mich dazu zwingen.“

Die Jargfreie Kunsthalle Berlin 1929 wird am 12. November im Landesausstellungsgebäude am Lehrter Bahnhof eröffnet werden.

„Der kleine Neman“ (wöchentlich ein Heft 80 Bg., vierteljährlich 10 Mark. — Verlag S. S. Hermann u. Co. in Berlin SW. 19) bringt in der Nummer 37 die Erzählung: „Die Wälder“ von Walter Diden. — Nummer 38 bringt Gotfried Kellers Geschichte aus den „Leuten von Sedwila“. „Kleider machen Leute“, die humoristisch die Abenteuer eines polnischen Schneiders als Graf schildern. Erich Müllers hat die Novelle illustriert. Nummer 39 bringt die Erzählung: „Der eiserne Tisch“ von Victor Kleijner, illustriert von Walter Dide.

Diese letzte Bemerkung ist falsch. Denn die vom volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages angenommene Entschliessung billigt nur die früheren Maßnahmen der Regierung, legt aber den gleichzeitig gefassten Beschluß auf Festsetzung eines behördlichen Höchstpreises nicht außer Kraft. Die Feindschaft des Ernährungsministeriums gegen den behördlichen Höchstpreis für Kartoffeln und gegen nicht genehme Beschlüsse gesetzgebender Körperschaften, die wir vor einigen Tagen feststellten, wird durch diese Erklärung vollkommen bestätigt. Ihr Sinn ist, daß die Landwirte den behördlichen Höchstpreis nicht wollen, weil sie damit an den Wucherpreisen gehindert werden. Und das Ministerium führt diesen Willen der Agrarier gehorsam aus. An Deutlichkeit läßt dieses Verhalten nichts zu wünschen übrig, die Deffenlichkeit weiß also, was es von diesen Beschlüssen der Agrarierinteressen zu halten hat.

Nieder mit der Mietsteuer

In 60 vom Mieterverband Groß-Berlin zu Montag abend einberufenen Massenversammlungen der Mieterchaft nahm man unter dem gemeinsamen Thema: „Nieder mit der Mietsteuer!“ scharf Stellung gegen den vom Reichsarbeitsministerium ausgearbeiteten, zurzeit dem Reichswirtschaftsministerium zur Durchberatung und Genehmigung vorliegenden Entwurf eines Mietsteuergesetzes. Einstimmig wurde allenthalben eine Entschliessung angenommen, in der es heißt:

„Einstimmig mit den in ganz Groß-Berlin am 4. Oktober 1929 einberufenen Mieterversammlungen lehnen die versammelten Mieter die von der Reichsbehörde geplante Mietsteuer mit aller Entschiedenheit ab. Sie wäre die schlechteste und unsozialste Form einer Steuer. Sie trifft den armen Mann härter als den Reichen; sie belastet die Städte gleich höher als das Land. Sie trägt nicht einmal hinreichend Sorge dafür, daß die Steuer hinterher reiflos der Mieterchaft zugute kommt. Eine solche Steuer würden wir Mieter, die wir insgesamt der größte Teil der deutschen Bevölkerung sind, mit dem allgemeinen Mieterstreik beantworten müssen. Also weg mit dieser Steuer!“

In ähnlicher Weise wird dann noch protestiert gegen das geplante Reichsmietgesetz, das in dieser Form für die Mieter unannehmbar sei. Hierauf bezüglich wird gesagt: „Ehe wir uns ein solches Gesetz aufzwingen lassen, halten wir an der jetzigen Mietrechtsprechung, insbesondere der Höchstmietenanordnung vom 9. 12. 1919 fest und werden uns darin durch keine Versprechen irremachen lassen.“

Unverdächtige Kronzeugen

„Die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die gewaltigste Aufgabe, die je einer Klasse und einer Revolution der Weltgeschichte zugefallen ist. Diese Aufgabe erfordert einen vollständigen Umbau des Staates und eine vollständige Umwälzung in den wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der Gesellschaft.“

Dieser Umbau und diese Umwälzung können nicht durch irgendeine Behörde, Kommission oder ein Parlament dekretiert, sie können nur von der Volksmasse selbst in Angriff genommen und durchgeführt werden.

In allen bisherigen Revolutionen war es eine kleine Minderheit des Volkes, die den revolutionären Kampf leitete, die ihm Ziel und Richtung gab, und die Masse nur als Werkzeug benutzte, um ihre eigenen Interessen, die Interessen der Minderheit zum Siege zu führen. Die sozialistische Revolution ist die erste, die im Interesse der großen Mehrheit der Arbeitenden allein zum Siege gelangen kann.

Die Masse des Proletariats ist berufen, nicht nur der Revolution in klarer Erkenntnis Ziele und Richtung zu stehen. Sie muß auch selbst, durch eigene Aktivität, Schritt um Schritt den Sozialismus ins Leben führen.

Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, daß die große arbeitende Masse ausführt, eine regierte Klasse zu sein, vielmehr das ganze politische Leben selbst leitet und in bewußter freier Selbstbestimmung leitet.

Auch die wirtschaftliche Umwälzung kann sich nur als ein von der proletarischen Massenaktion getragener Prozeß vollziehen. Die nackten Dekrete oberster Revolutionsbehörden über die Sozialisierung sind allein ein leeres Wort. Nur die Arbeiterschaft kann das Wort durch eigene Tat zum Fleische machen. In jedem Ringen mit dem Kapital, Brust an Brust in jedem Betriebe, durch unmittelbaren Druck der Massen, durch Streiks, durch Schaffung ihrer ständigen Vertretungsorgane können die Arbeiter die Kontrolle über die Produktion und schließlich die tatsächliche Leitung an sich bringen.

Die Proletariatsmassen müssen lernen, aus toten Maschinen, die der Kapitalist an den Produktionsprozeß stellt, zu denkenden, freien, selbständigen Zentren dieses Prozesses zu werden. Sie müssen das Verantwortlichkeitsgefühl wirkender Glieder der Allgemeinheit erwerben, die Weinbesitzerin alles gesellschaftlichen Reichtums ist. Sie müssen sich ohne die Unternehmlichkeit, höchste Leistung ohne kapitalistische Anreize, Disziplin ohne Joch und Ordnung ohne Herrschaft entfalten. Höchster Idealismus im Interesse der Allgemeinheit, kraft Selbstdisziplin, wahrer Bürgersinn der Massen sind für die sozialistische Gesellschaft die moralische Grundlage, wie Stumpfheit, Egoismus und Korruption die moralische Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft sind.

Alle diese sozialistischen Bürgerlegenden, zusammen mit Kenntnissen und Befähigungen zur Leitung der sozialistischen Betriebe, kann die Arbeitermasse nur durch eigene Betätigung, eigene Erfahrung erwerben.

In den bürgerlichen Revolutionen war Blut der gleiche, Terror, politischer Mord die unentbehrlichste Waffe in der Hand der aufsteigenden Klassen.

Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie geht und verabsichtigt den Menschenmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft, weil sie nicht mit neuen Institutionen in die Arena tritt, deren Enttückung sie blutig zu rächen hätte. Sie ist kein verwehelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Massenmasse des Volkes, die berufen ist, die geschichtliche Mission zu erfüllen, und die geschichtliche Notwendigkeit anzulegen.

Diese Ausführungen, die Wort für Wort und Satz für Satz den Moskauer Bedingungen und Thesen widersprechen, können wohl nur von einem „Opportunisten“ des „rechten Flügels der U. S. P. D.“ niedergeschrieben worden sein? Uns! Sie entstammen dem Programm des Spartakusbundes, an dessen Ausarbeitung die Genossen Rosa Luxemburg hervorragenden Anteil hatte. Was dieser kluge Kopf auf Grund seiner theoretischen und praktischen Erfahrungen hier niedergesetzt hat, das wird heute von den Anhängern der Moskauer Bedingungen glatt über den Haufen geworfen. Heute wird den Arbeitern vorgelesen, nur eine Minderheit sei berufen, die Herrschaft an sich zu reißen und auch nach vollzogener Umwälzung zu halten. 50 Jahre Kämpfe, der ganze Klärungsprozeß, der durch die marxistische Lehre in der Arbeiterbewegung sich vollzogen hat, sollen also umsonst gewesen sein, wenn es nach dem Willen der Anhänger der Moskauer Bedingungen geht.

Preussische Landesversammlung

Mittwoch, den 6. Oktober 1929.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der von allen Parteien unterstützte Antrag Kopsch (Dem.) über Erhöhung des Ehrenlohn des Kriegsveteranen. Nachdem die Abg. Schilling (F.) und Müller-Hardung (Soz.) den Antrag befristet, erklärt Staatssekretär Köhler, daß die Hoffnung bestehe, daß das Finanzministerium dem Antrag entsprechen werde.

Abg. Kopsch (U. Soz.): Auch die Kostlage der Veteranen steht auf dem Schuttkonto der verbrochenen Kriegspolizei der Rechte. Ein Entschädigungsgesetz für die verbrochenen Hohenzollern einzubringen, das hat die Regierung fertigbekommen (große Ausrufe rechts und links). Der Präsident erklärt, daß Kopsch gegen die Ordnung des Hauses verstößt. Für gekündete Veteranen haben Sie Geld, aber für die alten Veteranen nicht. Und was wird aus den Zehntausenden von Kriegskämpfern aus dem letzten Kriege, deren Ruf schon ins Unermessliche geklungen ist? Wegen den Ansprüchen des Abg. Kopsch, betreffend die Arbeitslosen, erhebe ich, wenn es nicht ein falscher Jungensklug war, den schärfsten Protest. Den jammervollen Zuständen wird erst die Verwirklichung des Sozialismus ein Ende machen. (Lachen und Ausrufe rechts.)

Der Antrag wird nach weiterer unerbittlicher Debatte einstimmig angenommen.

Die Vorlage über Bereitstellung weiterer Mittel für die Schleppschiffahrt auf dem Rhein—Weserkanal wird an den Hauptauschuss zurückverwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes, welches die Strafe für Falschmünzerei mildert.

Nach lebhafter Debatte, in der Genosse Lichtenstein für noch weitgehender Milderung der Strafen eintritt wird das Gesetz in zweiter Lesung in der Ausschlußfassung, gegen die Rechte angenommen. Die dritte Lesung wird abgelehnt.

Es folgt die Beratung der vom Zentrum, den Demokraten und den Sozialdemokraten eingebrachten Anträge über die Besatzungszulagen.

Abg. Schilling (F.) begründet die Zentrumsanträge: Die Rot-der besetzten Gebiete muß vom Reich gehoben werden. Wir verlangen von neuem, daß auch die Beamten der Selbstverwaltungskörper dieselben Besatzungszulagen erhalten wie die Reichsbeamten. Den Staatsbeamten sollte die Zulage für die Zeit vom 1. Januar zum 1. Juli endlich vorläufigweise ausbezahlt werden.

Abg. Twerenz (Soz.) begründet den Antrag seiner Partei. Wir verlangen, daß den preussischen Beamten, Lehrern, Angestellten und Lohnempfängern der besetzten Gebiete die Besatzungszulagen nach den Grundätzen des Reiches mit rückwirkender Kraft unverzüglich ausbezahlt wird. Auf die Kommunalverwaltungen hat der Staat im gleichen Sinne einzuwirken. (Beifall b. d. Soz.) Diese Ausgaben müssen den Gemeinden zurückerstattet werden.

Abg. Wittkop (Dem.) begründet einen Antrag, die Staatsregierung zu ersuchen, den Beamten, Lehrern und Staatsarbeitern in dem Reichsbesatzungsgebiete Nordhessen die in Aussicht gestellte Waisenrenten- und Besatzungszulagen unverzüglich mit rückwirkender Kraft auszugeben. Die Beamten warten noch immer auf Erfüllung der gemachten Versprechungen.

Abg. Mittag (D. R.): Mit den Anträgen sind wir einverstanden.

Abg. Dr. Göttschall (Dem.): Die Beamten hätten es als Wohlthat empfunden, wenn ihnen rechtzeitig die Zulagen gezahlt worden wären. Der Beamte im besetzten Gebiet hat beständig Pflichten und Qualen zu erdulden. Wir bestehen auf Nachzahlung, vom 1. Januar auch für die Ruhestandsbeamten (Beifall b. d. Demokr.)

Nachdem Abg. Böllig (D. R.) noch den Anträgen zugestimmt hat, schlägt der Präsident vor, sämtliche Anträge an den Besatzungsauschuß zu überweisen, der dann einen gemeinsamen Antrag des Hauses formulieren soll.

Es folgt der Antrag Großfrankfurt (Soz.) auf Errichtung volkswirtschaftlicher Mittelschulen. Der Antrag geht nach kurzer Debatte an den Rechtsauschuß.

Es folgt die Beratung des Antrages W. Hoffmann (U. S.) auf Kommunalisierung des Kinowesens und Verstaatlichung der Filmindustrie. Ein Antrag Dr. Hübner verlangt von der Reichsregierung die Verlegung eines Reichsgerichts.

Der Ausschuss für Bevölkerungspolitik beantragt, beide Anträge mit Rücksicht auf die rechtliche Regelung des Abtildewesens für erledigt zu erklären. Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Es folgt ein deutschnationaler Antrag, die Niederlegung von Steuern der Kriegsteilnehmer und Ansohndendeutschen für 1919 zuzulassen, den der Abg. Hufelott (D. R.) begründet.

Abg. Peters-Hochdorn (Soz.) tritt für den Antrag des Hauptauschusses ein, den Antrag für erledigt zu erklären. — Dies wird angenommen.

Darum verlegt sich das Haus auf Donnerstag 12 Uhr: Dritte Beratung der Novelle zum Gesetzentwurf Groß-Berlin, Wahlgesetz, Aufführungsanträge. Nach Ablehnung des unabhängigen Antrages auf Streichung der dritten Lesung der Novelle zu Groß-Berlin bleibt es bei der Tagesordnung.

Der Vellektenauschuß der preussischen Landesversammlung beschloß heute bereits die Pause einzutreten zu lassen bis Dienstag, den 19. Oktober. Dessen soll erledigt werden erstens die dritte Lesung über das Gesetz Groß-Berlin, zweitens die Zusammenlegung der Schulpflicht, drittens die erste Lesung des Wahlgesetzes mit den dazu gehörigen Anträgen Woblf Hoffmann (U. S.), von Kries (D. R.) und von Richter (D. R.) auf Auflösung der Landesversammlung, sowie viertens die erste Lesung des Wahlrechts zu den Kreis- und Provinzialparlamenten.

Das bisherige Ergebnis der freiwilligen Waffensablieferung. In der Sitzung des parlamentarischen Beirats am Mittwoch gab der Reichskommissar für die Entwaffnung Dr. Peters Auskunft über das bisherige Ergebnis der freiwilligen Waffensablieferung. In den zehn ersten Ablieferungsstunden sind abgegeben worden: 122 000 Gewehre und Karabiner, 918 Maschinengewehre, 239 Maschinengewehre, 17 Schäfte, 11 Minenwerfer, 13 Flammenwerfer, 3 680 000 Schuß Handwaffenmunition, 14 981 Hand- und Gewehrgranaten, 111 000 Handgranatensünder und Sprengstoffe, sowie eine sehr große Anzahl von Waffenteilen, darunter 8 Geschützrohre, 78 Geschützverschlüsse, 161 Richtvorrichtungen, 3500 Maschinengewehrstände, 4650 Maschinengewehrverschlüsse, 19 900 Gewehr- und Karabinerläufe, 19 900 Schösser.

Ausperrung in Kiel. Die Donaldwerke haben am Mittwoch ihren sämtlichen Arbeitern wegen Niederlegung der Arbeit und Verlassens der Arbeitsstätte die Entlassung ausgesprochen.

Bellegung der Teilschleife in England. Reuter meldet: In den verbliebenen Bezirken des Bezirks, wo gestern ein Proteststreik ausgebrochen ist, wurde heute die Arbeit wieder aufgenommen.

Generalstreik in Portugal. In Lissabon, Porto und in allen größeren Städten Portugals ist der Generalstreik ausgedehnt.

Große Ausstandsbewegung in der Slowakei. Einer Greger Blättermeldung zufolge wird die Verhängung des Ausstandes in der Slowakei über die ganze Slowakei vorbereitet. Entsprechend dem offiziellen Bericht meldet ein Blatt aus Breslau, daß die Ausstandsbewegung bereits den größten Teil der Slowakei erfaßt habe und sowohl die landwirtschaftlichen, wie die Industriearbeiter umfasse. In Preßburg allein befanden sich 20 000 Arbeiter im Ausstand.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk
5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 50 Mk. an
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Kautschukpreise.
Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 7.

